

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/59019/1671955/neues-deutschland-spd-und-linke-fuer-springer-zu-extrem> abgerufen werden.



Neues Deutschland: SPD und LINKE für Springer zu extrem

27.08.2010 - 16:05 Uhr, Neues Deutschland

Berlin (ots) - Der Springer-Verlag hat eine bezahlte Anzeige von SPD und Linkspartei zur Werbung für eine Bildungshotline des rot-roten Senats abgelehnt. Parteienwerbung, erst recht Werbung für extremistische Parteien, gehörten nicht in den Unternehmenskonsens der Springer-AG, heißt es in einem Schreiben an Christian Gaebler, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Das berichtet die Tageszeitung "Neues Deutschland" (Wochenendausgabe), der das Schreiben vorliegt.

"Aus Sicht der Axel Springer AG wäre es ein Verstoß gegen die eigenen Grundsätze, wenn bezahlte Werbung von Absendern angenommen würde, die politisch gegen fundamentale Grundsätze eines funktionierenden Gemeinwesens eintreten", heißt es in dem Schreiben weiter. Vor allem "das Eintreten für die Marktwirtschaft, die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk" gehörten zu unverzichtbaren Werten - und da insbesondere Parteien der extremen Linken und Rechten offen gegen einzelne oder mehrere dieser Werte eintreten, würde ihre Anzeigen abgelehnt.

Pressekontakt:

Neues Deutschland
Redaktion / Sarah Liebigt

Telefon: 030/2978-1741

Originaltext:

Neues Deutschland

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/59019/neues-deutschland>

Pressemappe als RSS:

http://presseportal.de/rss/pm_59019.rss2